

China und Japan: der ungeheilte Bruch

Kay Möller / Markus Tidten

Die chinesisch-japanische Kontroverse ist mit der Entschuldigung von Premierminister Koizumi für die japanische Kriegsschuld und dem anschließenden Treffen mit dem chinesischen Staatschef Hu Jintao nicht beigelegt. Der Ursprung des Disputs besteht nicht in historischen Fragen, sondern in Tokyos Bemühungen um ein größeres regionales und internationales sicherheitspolitisches Profil und in der zunehmenden Einbeziehung Taiwans in die japanisch-amerikanische Allianzplanung. Während die ökonomische Logik für eine einvernehmliche Beilegung spricht, gewinnen nationalistische Tendenzen auf beiden Seiten an Dynamik.

Am 22. April 2005 bekundete der japanische Premierminister Junichiro Koizumi in Jakarta vor mehr als 100 asiatischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs »tiefempfundene Reue« über das während des Pazifischen Krieges (1941–1945) und schon zuvor in China durch Japan verursachte Leid. Am folgenden Tag traf Koizumi am Rande der zweiten afro-asiatischen Konferenz mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao zusammen. Hu erklärte, Japan müsse seiner Entschuldigung nun Taten folgen lassen und sich insbesondere gegen taiwanische Unabhängigkeitsbestrebungen wenden.

Vorangegangen waren wochenlange antijapanische Demonstrationen in China, die die bilateralen Beziehungen wie nie zuvor seit ihrer Aufnahme 1972 belastet hatten.

Peking entfesselt den Nationalismus

Die antijapanische Protestwelle hatte Mitte Februar mit Demonstrationen vor der japanischen Botschaft begonnen. Die Teilnehmer protestierten gegen die Übernahme eines von japanischen Nationalisten errichteten Leuchtturms auf einer der umstrittenen Senkaku- (chin. Diaoyu-) Inseln im Ostchinesischen Meer durch die Regierung in Tokyo. Gleichzeitig hatten chinesische Studenten im Ausland über das Internet eine Unterschriftenkampagne gegen Japans Kandidatur für eine ständige Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat initiiert, der sich ab Ende März auch innerchinesische Websites anschlossen. Begleitet von der aufmerksamen Berichterstattung der staatlichen Medien Chinas gelang es diesen »patriotischen« Gruppen, in kürzester Zeit 22 Millionen Unterschriften zu sammeln. Wenig später wandte sich Premierminister Wen

Jiabao erstmals ausdrücklich gegen einen ständigen Ratssitz für Japan.

Anfang April kam es in mehreren chinesischen Städten zu Demonstrationen, die vereinzelt zu Übergriffen auf japanische Geschäfte führten. Nahezu zeitgleich gab Tokyo zwei revisionistische Geschichtsbücher für den Unterricht an Mittelschulen frei. In der Volksrepublik rief der größte Einzelhandelsverband zum Boykott japanischer Produkte auf. Kurz darauf erreichten die Demonstrationen im Umfeld eines Peking-Besuchs des japanischen Außenministers ihren Höhepunkt. Beteiligt waren mittlerweile mehrere zehntausend jüngere Demonstranten, darunter neben Studenten auch Vertreter der Mittelschicht. Der Besuch des Ministers brachte keine Entspannung.

Mitte April beendeten die chinesischen Sicherheitskräfte die Proteste. Eine Shanghaier Zeitung bezeichnete die Kampagne als Ergebnis einer »Verschwörung«, sprich, als Folge eines innenpolitischen oder innerparteilichen Machtkampfes.

Der historische Disput

Neben Taiwan- und Territorialfragen entzündet sich der Streit im chinesisch-japanischen Verhältnis seit einigen Jahren an den Themen Schulbücher und Yasukuni-Schrein. Die japanischen Verlage bringen alle vier Jahre neue oder überarbeitete Geschichtsbücher auf den Markt, von denen einige über Greuelthaten hinweggehen, die kaiserliche Truppen in China und anderen Regionalstaaten begangen haben (solche Bücher werden in weniger als 1 Prozent der Schulen tatsächlich benutzt). Die japanische Regierung hat Peking die Einrichtung einer gemeinsamen Historikerkommission nach südkoreanischem Vorbild vorgeschlagen.

Aber China protestiert nicht nur regelmäßig gegen die Herausgabe revisionistischer Schulbücher, sondern auch gegen die (seit Koizumis Amtsantritt 2001 jährlich durchgeführten) Besuche des japanischen Regierungschefs und führender Kabinetts-

mitglieder im Yasukuni-Schrein. In die Listen dieser von privaten Trägern betriebenen Gedenkstätte waren Ende der 70er Jahre auch die Namen von Verurteilten der Tokyoter Kriegsverbrecherprozesse von 1946 aufgenommen worden. Zu einer ersten großen Kontroverse mit dem Nachbarland kam es 1985, als der damalige Ministerpräsident Nakasone dem Schrein einen offiziellen Besuch abstattete. Elf Jahre später tat es ihm Premierminister Hashimoto nach. Koizumi hat erklärt, seine regelmäßigen Besuche seien Ausdruck seines Eintretens für Frieden und Völkerverständigung. Der Ministerpräsident hatte seinen diesjährigen Besuch nach einem Treffen mit Hu Jintao im Vorjahr verschoben.

Die Kritik an den Besuchen ist seit einigen Jahren auch in Japan selbst lauter geworden. Bisher wurden vor japanischen Bezirksgerichten sieben Klagen gegen Koizumi angestrengt, die sich auf das Verfassungsprinzip der Trennung von Staat und Religion berufen (nur eine von ihnen war erfolgreich, das Urteil zeitigte aber keine weiteren Konsequenzen). Einer der Trägervereine des Schreins zählt zu den wichtigsten Förderern der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP).

Die nationale Dimension

Japans neuer Nationalismus ist vornehmlich ein Phänomen am rechten Rand der LDP und konzentriert sich dort auf die ältere Generation. Er wird weder vom LDP-Mainstream noch von den großen Wirtschaftsverbänden offen vertreten. Der in Japan vormals weit verbreitete Pazifismus ist für die akademische Elite nach wie vor prägend, für große Teile der Gesellschaft aber immer weniger. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und bei einer weiteren Ausdifferenzierung der politischen Landschaft zu einem echten Zweiparteiensystem könnte auch die Versuchung für die Politik zunehmen, sich »nationaler« Themen zu bedienen.

Chinas neuer Nationalismus konzentriert sich auf städtische Ballungszentren

an der prosperierenden Ostküste und ist somit zunächst Ausdruck eines gewachsenen gesellschaftlichen Selbstbewußtseins. Die Demonstranten des Frühjahrs 2005 sind zu jung, um den Pazifischen Krieg auch nur aus Erzählungen zu kennen. Sie sind indessen empfänglich für eine Auseinandersetzung mit »historischen Demütigungen« durch Drittmächte, die von der politischen Führung seit Mitte der 90er Jahre wieder verstärkt geschürt wird. Das liegt zum einen an der verlorengegangenen marxistischen Legitimation der Einparteiensherrschaft, zum anderen aber auch an der wachsenden Zahl der Modernisierungsverlierer, deren Unzufriedenheit mit dem Programm der wirtschaftlichen Öffnung sich jährlich in mehreren zehntausend größeren und kleineren Ausschreitungen ausdrückt.

Wirtschaftlich wie auch militärisch bleibt die Volksrepublik dem amerikanischen Alliierten Japan weiterhin unterlegen. Sie wäre auch nicht in der Lage, den Territorialkonflikt etwa durch die Ausübung von Druck zu lösen. Nationalistische Bewegungen haben sich in China aber schon in der Vergangenheit wiederholt gegen die eigene Führung gewandt, weil diese unfähig war, ihren antijapanischen Parolen Taten folgen zu lassen.

Regionale und internationale Dimensionen

Daß staatliche chinesische Stellen die anti-japanische Kampagne billigten und gefördert haben, war offenkundig. Das Timing deutet allerdings darauf hin, daß dafür eher taktische als historische Motive den Ausschlag gaben. Im Vordergrund steht die Sorge Pekings vor einer japanischen Militärmacht, die sich gemeinsam mit den USA den regionalen (macht- und energiepolitischen) Ambitionen der Volksrepublik in den Weg stellen könnte. Die Bush-Administration hatte Tokyo 2001 zum »Eckstein« ihrer pazifischen Strategie aufgewertet und auf eine Revision der japanischen »Friedensverfassung« von 1947 gedrängt. Koizumi

hat diese Revision mit der Entsendung von Kriegsschiffen ins Arabische Meer und von Soldaten in den Irak atmosphärisch vorbereitet. Japan steht kurz vor der Dislozierung eines Raketenschirms, und ein künftiges gemeinsames System könnte auch Taiwan abdecken. Im Dezember 2004 war China in den revidierten Nationalen Verteidigungsrichtlinien Tokyos erstmals als militärische Herausforderung beschrieben worden. Kurz zuvor war ein atomgetriebenes chinesisches U-Boot in Japans Hoheitsgewässer eingedrungen, woraufhin Koizumi die Verlegung von Kampfflugzeugen von Okinawa auf die näher an Taiwan gelegene Insel Shimoji angeordnet hatte.

Im Februar 2005 bezeichneten Washington und Tokyo die Aufrechterhaltung der Sicherheit in der Taiwan-Straße als gemeinsames strategisches Interesse. Hatte das amerikanisch-japanische Bündnis das Kaiserreich aus Pekinger Sicht bis Mitte der 90er Jahre an militärischen Eigenwegen gehindert, so schien es solche seither eher zu begünstigen. Insofern hat die Volksrepublik mit ihrer antijapanischen Kampagne auch auf die USA gezielt.

China versucht seit geraumer Zeit, Südkorea aus der amerikanischen Umarmung zu lösen und dabei auch gegen Japan in Stellung zu bringen. In Seoul war es Anfang 2005 ebenfalls zu einer Kampagne gegen Japans Sicherheitsratspläne gekommen, die ihrerseits von einer historischen Kontroverse und dem Disput um die Inselgruppe Dokdo (jap. Takeshima) im Japanischen Meer verschärft wurde. Hinzu kam die Absicht der Regierung Roh Moo-hyun, dem wachsenden Nationalismus im Lande Rechnung zu tragen und sich nicht nur mittels einer innerkoreanischen Entspannungspolitik, sondern auch durch einen Ausbau der politischen und militärischen Beziehungen zu Peking von den USA zu emanzipieren. China hat seither versucht, seine Antirevisionismus-Kampagne mit Seoul zu koordinieren, und über staatseigene Medien Unterstützung in der Territorialfrage signalisiert.

Ähnlich wie im Falle der Senkaku-Grup-

pe steht auch der Streit um Dokdo in einem engen Zusammenhang mit vermuteten Öl- und Gasvorkommen. China hatte im August 2003 in der Nähe der Senkakus Bohrkonzessionen an einheimische und ausländische Unternehmen vergeben. Nachdem Peking es mehrfach abgelehnt hatte, über seine Aktivitäten zu informieren, drohte Japan im April 2004 nun seinerseits mit der Vergabe von Bohrkonzessionen.

International hat sich China mit seiner antijapanischen Kampagne, die nur wenige Tage nach der Verabschiedung eines gegen Taiwan gerichteten »Anti-Sezessionsgesetzes« initiiert worden ist, keinen Gefallen getan. Innerhalb der Europäischen Union hat das nationalistische Experiment all jene bestärkt, die schon die Verabschiedung des Taiwan-Gesetzes zum Anlaß genommen hatten, eine Entscheidung über die Aufhebung des Waffenembargos gegen China von 1989 weiter zu vertagen.

Perspektiven und Empfehlungen

Peking ist mit seiner stillschweigenden Förderung der antijapanischen Kampagne ein doppeltes Risiko eingegangen. Zum einen hat der entfesselte Nationalismus Schwächen der Einparteienherrschaft offengelegt. Zum anderen könnte das Vertrauen japanischer Investoren in den chinesischen Markt erschüttert worden sein.

Japan ist seit 2004 wichtigster Handelspartner der Volksrepublik und drittgrößter Investor in China. Darüber hinaus zählt Tokyo bisher noch zu den größten Gebern von Entwicklungshilfen. Letztere sollen allerdings angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Potenz des Nachbarn abgebaut werden.

Was die politischen Beziehungen angeht, dürfte eine kurzfristige Wiederaufnahme hochrangiger Kontakte an der aufgeheizten Stimmung auf beiden Seiten scheitern (seit Hu Jintaos Amtsantritt sind hochrangige gegenseitige Besuche unterblieben). Sowohl bei der Gassuche im Ostchinesischen Meer als auch in Hinblick auf gemeinsame Historikerkommissionen sind Arrangements

grundsätzlich denkbar, aber sie rühren nicht an den Kern des Problems, den neuen strategischen Wettbewerb zwischen den beiden Mächten. Gleichzeitig waren Chinas Medien schlecht beraten, Koizumis Entschuldigung als Triumph der eigenen Seite zu feiern. Der japanische Regierungschef dürfte seine Besuche im Yasukuni-Schrein nach einiger Zeit wieder aufnehmen. Offensichtlich kann Nationalismus weder im autoritären China noch im demokratischen Japan nach Gutdünken ein- und abgeschaltet werden.

Auf regionaler Ebene könnte ein fortschwellender sino-japanischer Disput sowohl eine Stabilisierung der Lage in der Taiwan-Straße erschweren (die taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung fühlt sich durch die Eröffnung dieser neuen Front gestärkt) als auch den Bemühungen um eine atomare Abrüstung Nordkoreas im Rahmen der Sechsparteiengespräche entgegenwirken.

Insofern und vor dem Hintergrund außenwirtschaftlicher und internationaler Interessen berührt der Disput auch deutsche und europäische Belange. Deutschland und Europa sollten in ihren Dialogen mit Peking und Washington auch jenseits des Nordkorea-Problems Fragen ostasiatischer Sicherheit thematisieren und ihren sicherheitspolitischen Dialog mit Japan ausbauen. In diesem Zusammenhang könnte Tokyo ermuntert werden, auf historisch begründete Kritik aus Nachbarstaaten sensibler zu reagieren. Was die Reform des Sicherheitsrats angeht, ist nicht damit zu rechnen, daß sich andere wichtige Akteure die Pekinger Revisionismuskritik zu eigen machen. Selbst China scheint dieses Thema vorrangig dazu nutzen zu wollen, japanische Zugeständnisse in bilateralen Fragen zu erlangen. Um eine Belastung der VN-Reform durch historische Propaganda zu verhindern, sollte Deutschland Japan nichtsdestotrotz einen Erfahrungsaustausch über Schulbuchkommissionen anbieten. Grundsätzlich sollten sich Deutschland und seine europäischen Partner gegen eine Stigmatisierung Tokyos durch die Volksrepublik verwahren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364